

Beratendes Mitglied

Frau Jana Richter-Wehnert

fehlt unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Lutz Schäfer	Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport	Zu allen TOP
Frau Simone Schurig	Schul- und Sportreferentin	Zu allen TOP
Frau Christina Swierzy	Rechnungsprüfungsamt	Zu allen TOP
Frau Martina Schulze	Familienhebamm der Stadt Plauen	Zu TOP 2
Frau Carmen Berger-Keilhack	SB Sozialpädagogische Fachberatung	Zu TOP 2

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Sabine Schott, Freie Presse	Öffentlicher Teil
Frau Cornelia Henze, Vogtlandanzeiger	Öffentlicher Teil
Frau Anja Merkel, MJA Plauen e.V.	Zu TOP 3
Herrn Zabel, Koordinator UPR	Zu TOP 3
Frau Renate Stolze, Seniorenkolleg Plauen	Zu TOP 4
Herr Wolfgang Langenfeld, Seniorenkolleg Plauen	Zu TOP 4

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 14.01.2021
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Bürgermeisters
2. Vorstellung Arbeitsfeld der Familienhebamme und Zusammenarbeit im Netzwerk Frühe Hilfen
3. Bericht zum Projekt „Tunnel-Kultur“ durch die Mobile Jugendarbeit

4. Vorstellung des Plauener Seniorenkolleg e.V. durch Frau Renate Stolze
5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Rückerstattung von Elternbeiträgen für verkürzte Öffnungszeiten in städtischen Kitas, Reg.-Nr. 141-20 - Stellungnahme der Verwaltung (Wiedervorlage aus der Sitzung vom 29.10.2020)

Die Stadtverwaltung Plauen wird beauftragt, Lösungsvorschläge für den von der Fraktion DIE LINKE. erstellten Antrag zu erarbeiten.
6. Vorberatung
- 6.1. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Kostenübernahme Corona Tests für Plauens Erzieherinnen und Erzieher -, Reg.-Nr. 199-21 - Stellungnahme der Verwaltung
7. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 14. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden Herr Stadtrat Prof. Dr. Dirk Stenzel, CDU-Fraktion, und Herr Stadtrat Lars Gruber, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Zur Tagesordnung erfolgt keine Diskussion.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 14.01.2021

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 14.01.2021 wurde bestätigt.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Es sind keine Beantwortungen von Anfragen offen.

1.4. Informationen des Bürgermeisters

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, informiert über die Arbeitsgruppe „Impfunterstützung“.

Frau Heidi Seeling, Behinderten- und Ausländerbeauftragte, ist die Leiterin dieser Arbeitsgruppe. Weiter informiert er, dass am 10.03.2021 das Impfzentrum im Behördenzentrum eröffnet wurde.

Alleine an diesem Tag konnten 240 Seniorinnen und Senioren der Stadt Plauen aus der Prioritätengruppe 1, ausschließlich über 80 jährige Mitbürgerinnen und Mitbürger, geimpft werden.

Die Anmeldungen für das neue Impfzentrum können für über 80-jährige, die keinen Internetzugang haben oder keine anderweitige Unterstützung erhalten, über die Arbeitsgruppe „Impfunterstützung“ als freiwilliges Angebot geleistet werden.

Die Hotline ist seit 1. März 2021, 8.00 Uhr, im Betrieb. Die Geschäftszeiten sind von 8.00 – 12.00 Uhr und 14.00 – 18.00 Uhr und Freitag von 8.00 – 14.00 Uhr. Täglich gehen bis zu 400 Anrufe, verteilt auf 4 Mitarbeiter, ein. Bis zum 10. März 2021 konnten 450 Impftermine durch die Arbeitsgruppe vermittelt werden. Herr Zenner spricht seinen großen Dank an Frau Seeling aus und informiert weiter, dass eine weitere Impfstrecke im Impfzentrum Plauen eröffnet werden soll, so dass 500 Personen am Tag in Plauen geimpft werden können.

2. Vorstellung Arbeitsfeld der Familienhebamme und Zusammenarbeit im Netzwerk Frühe Hilfen

Frau Carmen Berger-Keilhack, SB Sozialpädagogische Fachberatung, und Frau Martina Schulze, Familienhebamme der Stadt Plauen, stellen ihre Präsentation zum Arbeitsfeld der Familienhebamme und Zusammenarbeit im Netzwerk Frühe Hilfen vor.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., bedankt sich für die Ausführungen und die geleistete Arbeit. Vermisst jedoch die Aussagen zu den geänderten Bedingungen während der Corona- Zeit. Was hat sich während Corona-Zeit verändert. Frau Seidel sagt, es handelt sich hier um eine freiwillige Leistung der Stadt Plauen und verweist auf die knappe Haushaltskasse.

Sie möchte von Frau Martina Schulze, Familienhebamme der Stadt Plauen, wissen, ob die Stunden ausreichend sind und ob Hilfen aus dem Vogtlandkreis in Anspruch genommen wurden bzw. werden. Weiter fragt Sie nach dem Zusammenwirken mit anderen Netzwerkpartnern und der Teilnahme an den Netzwerktreffen der letzten zwei Jahre.

Frau Martina Schulze, Familienhebamme der Stadt Plauen, sagt, dass während des ersten Lockdown keine Hausbesuche stattfanden. Die Betreuung erfolgte telefonisch. Später konnte in Absprache mit der Stadt Plauen eine Art Nothausbetreuung mit Abstandsregelungen und den notwendigen Hygienemaßnahmen vereinbart werden. Diese Hausbesuche gingen meist über 2 Stunden.

Zum Thema Hilfe von anderen informiert Frau Schulze, dass es zwei Hebammen im Vogtlandkreis gibt, die die Stadt Plauen bedienen könnten. Jedoch kommen viele Anfragen vom Umland der Stadt Plauen, welche sie nicht bedienen kann.

Zur Vernetzung sagt Frau Carmen Berger-Keilhack, SB Sozialpädagogische Fachberatung, dass sie sich um die Vernetzung im Vogtlandkreis kümmert. Die Arbeitszeiten müssen so effektiv wie möglich genutzt werden. Frau Berger-Keilhack vertritt die Aufgabenfelder der Stadt Plauen, sie ist im Kontakt mit den Trägern und Partnern.

Weiter führt Frau Berger-Keilhack aus, dass es zwei Familienhebammen des Vogtlandkreises

gibt, diese sind aber hauptberuflich als Hebamme tätig und arbeiten 4,7 Stunden die Woche für die frühen Hilfen. Das sind nicht mehr wie zwei Familien, die sie begleiten können.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, ergänzt, dass Frau Martina Schulze, Familienhebamme der Stadt Plauen, im sozialen Bereich mehr leistet als die Hebammen des Vogtlandkreises.

Frau Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, sagt, es ist positiv, dass die Stadt Plauen diese freiwillige Leistung der Familienhebamme übernommen hat. Sie möchte wissen, was passiert, wenn die Familienhebamme einmal wegen Urlaub, Krankheit oder anderen Gründen ausfällt? Gibt es eine Vertretung? Sie empfindet diese Aufgabe als eine psychische Herausforderung für die Familienhebamme und sieht in Frau Berger-Keilhack eine Person, mit der sich die Familienhebamme gut austauschen kann

Frau Martina Schulze, Familienhebamme der Stadt Plauen, sagt, dass es keine Vertretung gibt, vereinzelt können freiberufliche Hebammen Teilaufgaben übernehmen. Diese freiberuflichen Hebammen werden immer weniger, das ist ein schwieriges Thema in Deutschland.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, begrüßt Herrn Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, als neues Mitglied im Bildungs- und Sozialausschuss

Herr Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, ist rechtlicher Betreuer im Raum Plauen und gehört seit mehreren Jahren zum Netzwerk Frühe Hilfen. Er kennt das Klientel, welches Frau Martina Schulze, Familienhebamme der Stadt Plauen, betreut. Es sind seiner Meinung nach überwiegend psychisch Kranke. Er stellt fest, dass die Fälle immer größer und komplexer werden, die Aufgaben wachsen. Er möchte von Frau Schulze wissen, ob sie dieses ebenfalls schon festgestellt hat.

Frau Martina Schulze, Familienhebamme der Stadt Plauen, bestätigt die Aussage von Herrn Sebastian Loik, sachkundiger Einwohner, die Komplexität vieler Fälle nimmt zu, die Ängste und Sorgen, Persönlichkeitsstörungen, Borderline, es gibt viele minderjährige junge Mütter. Frau Schulze arbeitet sehr eng mit der Klinik zusammen.

Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei.

3. Bericht zum Projekt „Tunnel-Kultur“ durch die Mobile Jugendarbeit

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, begrüßt Frau Anja Merkel, MJA Plauen e.V. (Mobile Jugendarbeit Plauen e.V.) und Herrn Zabel Koordinator aus dem Geschäftsbereich Oberbürgermeister Bürgermeister und kommunaler Präventionsrat kommunaler Präventionsrat.

Frau Anja Merkel, MJA Plauen e.V. (Mobile Jugendarbeit Plauen e.V.), in Vertretung für Herrn Maher Ahmad, pädagogische Fachkraft, bedankt sich für die Einladung und berichtet über das Projekt

"Tunnel-Kultur", welches im Dezember 2020 zusammen mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses von Herr Ahmad, welcher aus Syrien stammt und seit 2016 in Deutschland ist, endete. Das Projekt, mit einer Laufzeit von 1 Jahr und 11 Monaten (01.02.2019 – 31.12.2020) richtete sich sowohl an Einheimische als auch an zugewanderte jungen Menschen, Migranten, im Alter von 14 bis 27 Jahren, die sich in relativ großen Gruppen im Stadtzentrum zusammengefunden haben.

Frau Merkel berichtet unter anderem über *die Methoden*

- aufsuchende Arbeit/Streetwork mit dem Schwerpunkt Tunnel/Plauener Stadtzentrum
- Aktionen und Angebote im öffentlichen Raum, Begegnungen
- Beratung und Begleitung im Einzelfall, Vermittlung in bestehende Hilfsangebote

- enge Kooperation mit der Mobilen Jugendarbeit
- die Inhalte / Durchführung*
- Planung der Finanzen
- Stellenausschreibung
- Einarbeitung des neuen Mitarbeiters, erste Schritte, Sozialraum-Erkundung, Kontakte zu Adressaten
- soziale Netzwerke
- wöchentliche mehrmalige Streetwork-Aktionen im öffentliche Raum
- Höhepunkte waren Tunnelaktion, Musikfest Lutherpark mit Cornhole, Volleyball, Fußball
- Einzelberatungen, Begleitung, Vermittlung
 - Bildungsinstitut Pscherer
 - Behörden Jobcenter, Ausländerbehörde
 - Fachärzte, psych. Betreuung
- Online-Beratung, telefonische Kontaktaufnahme, Informationen, Übersetzungen
- Besondere Herausforderungen / Ergebnisse / Erkenntnisse*
- Erkundung der Bedarfe junger zugewanderte Menschen (Lebenssituation, Bedürfnisse, Herkunft)
- prekäre Lebenssituation, unklarer Aufenthaltsstatus, fehlende Arbeitserlaubnis, Sprachbarrieren
- Erklärungsbedarf der sozialen Arbeit, aufsuchende soziale Arbeit
- Vertrauensaufbau
- Angebote Sport, Spiel
- Beratung über die Themen: Aufenthalt, Behörden, Wohnraum, Arbeit
- Verdrängungsprozesse
- weitere Herausforderung Corona-Pandemie

Die Förderung für Personalkosten, 1 Mitarbeiter 32 h/Wo, Sachkosten und Verwaltungskosten betragen im Jahr 2019 - 41.000,00 EUR und im Jahr 2020 ca. 42.000,00 EUR. Darin enthalten waren 10% finanziert durch der Stadt Plauen. Ein Folgeantrag für weitere 10 Jahre wurde von der SAB (Sächsische Aufbaubank) vorerst abgelehnt. Das Projekt steht jetzt in einer Art Warteliste.

Frau Anja Merkel, MJA Plauen e.V., bedankt sich bei der Stadt Plauen für die unkomplizierte Bereitstellung der Kofinanzierung und sagt, die Mobile Jugendarbeit Plauen, unter Trägerschaft der MJA Plauen e.V., bleibt auch weiterhin für junge Menschen in Plauen ein vertrauensvoller Ansprechpartner, Jugendliche mit Migrationshintergrund werden nicht ausgeschlossen.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, bedankt sich für die Ausführungen.

Frau Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, sagt, die Ausführungen waren sehr interessant und umfangreich. Sie möchte wissen, was jetzt nach Beendigung des Projektes am Tunnel passiert. Kann die Mobile Jugendarbeit diese Aufgaben übernehmen, wo gibt es Grenzen, wie kann die Stadt Plauen unterstützen?

Frau Anja Merkel, MJA Plauen e.V., sagt, wie bereits vorgetragen, steht aufgrund des Projektendes eine Fachkraft weniger zur Verfügung. Dies ist ein herber Einschnitt auch für die mobile Jugendarbeit. Bereits im vergangenen Jahr wurde eine Umstrukturierung vorgenommen und Gebiete zusammengefasst. Dies macht die Jugendlichen jedoch nicht weniger und es ist auch noch nicht absehbar, wie sich die Lage aufgrund der Corona-Pandemie entwickelt. Die Jugendlichen sind am Limit, gerade die jungen Migranten in ihren engen Wohnverhältnissen und dem Wegfall der Angebote, dazu noch die erschwerten Zugänge zu den Behörden. Frau Anja Merkel, MJA Plauen e.V., appelliert an die Stadtverwaltung, die Behördengänge wieder zu erleichtern. Für die jungen Migranten ist es nicht einfach, zum Telefonhörer zur greifen. Sie trauen sich nicht, da sie Angst haben, dass sie sich am Telefon nicht verständigen können.

Weiter führt sie aus, sobald die Beschränkungen wieder aufgehoben werden, wird sich das Plauener Stadtzentrum wieder zu dem entwickeln, was es vorher war, möglicherweise gibt es

dann auch so eine Art Verteilungskämpfe, wer darf noch hier sein, welche Jugendlichen vertragen sich mit welchen Jugendlichen. Man wird diese jungen Migranten im Rahmen der Arbeit der mobilen Jugendarbeit nicht aus dem Blick lassen, Angebote im öffentlichen Raum werden weiter vorgehalten.

Das Thema Verdrängung / Vertreibung gibt es schon lange in der Plauener Innenstadt, sagt Frau Merkel, es gibt immer mehr andere Treffpunkte.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., hofft für den MJA Plauen e. V., dass noch eine Nachbewilligung des Antrages an die SAB Sächsische Aufbaubank folgt und bittet die Stadtverwaltung die Mittel weiter im Haushalt vorzuhalten. Sie wünscht dem Verein weiterhin viel Erfolg, Durchhaltevermögen und Kraft.

4. Vorstellung des Plauener Seniorenkolleg e.V. durch Frau Renate Stolze

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, begrüßt ganz herzlich die Vertreter des Plauener Seniorenkolleg e.V. und übergibt das Wort an Frau Renate Stolze, Plauener Seniorenkolleg e.V.

Frau Renate Stolze, Plauener Seniorenkolleg e.V., bedankt sich bei Herrn Zenner, Bürgermeister GBI, und den Mitgliedern des Bildungs- und Sozialausschusses für die Einladung. Motto des Seniorenkolleg ist: „Aktiv im Alter, Freizeit gestalten, lebenslang lernen, Gemeinsamkeit statt Einsamkeit“. Das Plauener Seniorenkolleg e.V. hat sich im Januar 2003 als Verein konstituiert. Vorausgegangen war die Berufung des Seniorenbeirates durch den Plauener Stadtrat im Jahr 1999, den Herr Joachim Stolze, Ehemann von Frau Renate Stolze, leitete. Es wurde öfters die Frage gestellt, ob die Stadt Plauen nicht auch ein Kolleg für Senioren gründen könnte, so wie es dies in Reichenbach schon gab. Nachdem entsprechende Räumlichkeiten im damaligen Innovationszentrum in der Morgenbergstraße gefunden werden konnten, waren die Voraussetzungen gegeben.

Im Januar 2003 hat sich das Plauener Seniorenkolleg als Verein mit 36 Mitgliedern konstituiert. Heute zählt der Verein 110 Mitglieder und zahlreiche Gäste. Ziel ist es, ein Lernen lebenslang anzubieten, Einsamkeit entgegenzuwirken, soziale Kontakte zu fördern. Neben informativen Vorträgen zur vogtländischen Geschichte, zu verschiedenen Dialekten, rechtlichen und medizinischen Fragen, Religionen, Natur und Umwelt, fanden Wanderungen, Betriebsbesichtigungen, wie z. B. die Plauener Straßenbahn, die Firma Wetzels, die Plamag, die Lebenshilfe und die Förderschule Syrau, Ausfahrten zum Schloss und Park Lichtenwald, Stadtbesichtigungen wie Dresden, Bamberg, Bayreuth, Nürnberg usw., statt.

Ein großes Problem des Vereins ist das Fehlen größerer Räume, indem die Vorträge gehalten werden können, vor allem jetzt während der aktuellen Corona-Einschränkungen.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, schätzt die Arbeit des Plauener Seniorenkolleg e.V. sehr. Man leistet eine hervorragende, qualitativ hochwertige Arbeit. Die Stadt Plauen ist gern bereit, den Verein zu unterstützen und bietet dem Verein die Aula am Lessing-Gymnasium Plauen oder Adolph-Diesterweg-Gymnasium Plauen, die im städtischen Besitz sind an, diese für ihre Veranstaltungen kostenfrei zu nutzen.

Frau Renate Stolze, Plauener Seniorenkolleg e.V., bedankt sich für das unterbreitete Angebot.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, bittet die Presse um Werbung für den Plauener Seniorenkolleg e.V.

5. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Rückerstattung von Elternbeiträgen für verkürzte Öffnungszeiten in städtischen Kitas, Reg.-Nr. 141-20 - Stellungnahme der Verwaltung (Wiedervorlage aus der Sitzung vom 29.10.2020)

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., stellt den Antrag der Fraktion DIE LINKE. vor.

Sie bittet die Verwaltung der Stadt Plauen noch einmal zu prüfen, welche Möglichkeiten es für eine Erstattung der Elternbeiträge geben könnte.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor. Selbstverständlich haben Eltern immer das Recht zu klagen, man versteht auch, dass dies bei Eltern zu Mehraufwendungen geführt hat. Alle Eltern, die diese Einschränkungen in Kauf nehmen mussten, könnten jetzt einen Antrag bei der Stadt Plauen stellen. Für die Stadt Plauen war es ein Anliegen, für alle Kinder einen eingeschränkten Regelbetrieb zu Verfügung stellen zu können.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, ergänzt, wenn Eltern einen Antrag stellen, dass muss auch ein nachweislicher Schaden entstanden sein, welcher zu belegen ist.

Frau Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt an, ob denn nicht die Möglichkeit besteht, diese Ausfallzeiten ohne größeren Verwaltungsaufwand gutzuschreiben.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, bedankt sich für diese Überlegung, es ist ein guter Hinweis.

Herr Lutz Schäfer, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, hat auch schon darüber nachgedacht. Er sagt, es wird nicht der letzte eingeschränkte Betrieb sein. Es wäre durchaus realistisch, über eine pauschale Entschädigung, für alle die einen 9-Stunden-Vertrag haben und diese 9 Stunden nicht in Anspruch nehmen können, nachzudenken.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., sagt, dass sie auch daran interessiert ist, eine einfache Lösung zu finden. Sie findet die Idee von Frau Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion sehr gut und auch, dass man in der Verwaltung nochmal darüber nachdenkt.

ABSTIMMUNG

Die Stadtverwaltung Plauen wird beauftragt, Lösungsvorschläge für den von der Fraktion DIE LINKE. erstellten Antrag zu erarbeiten.

Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses stimmen wie folgt ab

8 JA-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltungen

6. Vorberatung

6.1. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Kostenübernahme Corona Tests für Plauens Erzieherinnen und Erzieher -, Reg.-Nr. 199-21 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, da sich die aktuelle Rechtslage geändert, schlägt er vor, nicht über diesen Antrag abzustimmen.

Frau Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bezieht sich auf die Stellungnahme und fragt an, warum Kosten der Corona-Tests mit 25,00 bis 30,00 EUR angegeben sind. Sie sagt, dass bei anderen Trägern die Tests nur 9,00 EUR kosten. Weiter möchte Sie wissen, ob die Stadt Plauen weiter die Strategie fährt, dass man 1 oder 2 Erzieher je Einrichtung ausbildet, welche die Testungen vornehmen oder ob man die öffentlichen Testzentren nutzt und die Erzieher während der Arbeitszeit dort hinschickt.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, dass dies Angebote zum damaligen Zeitpunkt von marktorientierten Anbietern waren. Er bittet jedoch zu bedenken, dass die Stellungnahme mit Datum 01.03.2021 und die darin angegebenen Preise bereits überholt sind.

Für die Schulung der Erzieher*innen ist Frau Carola Blume-Brake, FGL Personal/Organisation, verantwortlich. Einige Erzieher*innen haben sich gemeldet, so dass dann auch die Mitarbeiter ihren eigenen Kollegen*innen testen können. Es kann nicht im Sinne des Arbeitgebers sein, dass sich die Arbeitnehmer*innen zwei Stunden an ein Testzentrum anstellen. Die Verwaltung der Stadt Plauen ist der Ansicht, dass ausreichend Personal gefunden wurde, die diese Tests in den Einrichtungen durchführen können.

Herr Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, möchte sich dafür einsetzen, dass die Schulen und Kindertageseinrichtungen wieder geöffnet werden. Er möchte, dass die Kinder möglichst täglich getestet werden.

Frau Stadträtin Juliane Pfeil, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, nimmt Ihren Antrag zurück, es erfolgt keine Abstimmung.

7. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., möchten wissen, ob Schüler bzw. ganze Klassen auf Antrag das Schuljahr wiederholen können. Wie sind die Möglichkeiten in den Schulen, Kapazitäten der Lehrer und Zimmer. _

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, dass die Stadt Plauen keinen Einfluss darauf hat, dies muss das Kultusministerium entscheiden.

Herr Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, ergänzt, dass dies nicht möglich ist, es würde dann ein Jahr keine Auszubildenden geben und ein ganzer Jahrgang müsste weiter im Kindergarten verbleiben.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., fragt zu den aktuellen Schnelltests für Corona und der Publikation in der Freien Presse, dass ab 22.03.2021 die Arbeitgeber für alle mit Publikumsverkehr dafür sorgen müssen, dass diese getestet werden, ob die dafür ausgebildeten Testmitarbeiter ausreichend sind.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, gibt die Frage zu den in der Verwaltung geschulten Testpersonen an Frau Carola Blume-Brake, FGL Personal/Organisation weiter.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., nimmt Bezug auf das Projekt „Runder Tisch“. Sie bat bereits im letzten Bildungs- und Sozialausschuss dem Projekt einen neuen Namen zu geben.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, informiert, dass die Finanzierung des Projektes „Runder Tisch“ nach wie vor im Haushalt eingestellt ist. Die Verwaltung wird sich um einen neuen Namen bemühen.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., sagt, dass es noch über 280 Senioren über 80-jährige gibt, die noch keinen Impftermin haben und auch keine Möglichkeit haben sich anzumelden.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, ist bereits mit dem DRK Vogtland dazu in Verhandlung. Es soll für einen Tag ein Sonderkontingent für eine weitere Impfstrecke für den Prioritätenkreis geben.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., es wurde kürzlich ein Antrag abgegeben. Es geht um die Finanzierung der Vereine und Träger. Von der Stadtverwaltung wurde dargelegt, was im Haushalt für die Finanzierung der Vereine und Träger eingestellt wurde.

Der Antrag lautet: die Stadt Plauen bezuschusst die Vereine und freien Träger der Jugend- und Verbandsarbeit und Familienarbeit...mit 20% im Jahr 2021 und ab 2022 mit maximal 20% der zuwendungsfähigen Gesamtkosten als städtischen Anteil.“ Sie führt weiter aus, 11 von 12 Kommunen haben ihre Willenserklärungen abgegeben, auch die Stadt Plauen. Sie möchte nun wissen, ob es richtig ist, was im Jugendhilfeausschuss gesagt wurde, dass jetzt eine rechtsverbindliche Zusage der Träger eingeholt wird.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, ist von der Wendung der bisher geäußerten Meinungen der Fraktion DIE LINKE. sehr überrascht. Vor kurzem wurde der Stadtverwaltung noch vorgeworfen, wieso man 15% als Stadt Plauen einfach so zusagen kann, das ist doch überhaupt nicht Aufgabengebiet der Stadt Plauen und kurze Zeit später wird dann gesagt, dass dies viel zu wenig ist und man eigentlich 20% zusagen soll!

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, es ist so, der Vogtlandkreis hat eine Verwaltungsvereinbarung an die Stadt Plauen geschickt, welche die Verwaltung jetzt juristisch prüft. In dieser Verwaltungsvereinbarung sind die 80% für den Vogtlandkreis und die 15% für die Stadt Plauen geregelt.

Die Differenz von 5 % wäre dann der nachzuweisende Eigenanteil der Träger. Können diese das nicht nachweisen, kann ein Antrag auf Härtefall gestellt werden und dann ist der Vogtlandkreis verpflichtet, nach Prüfung und Bestätigung eines Härtefalles 5% zusätzlich zu erstatten.

Frau Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE., führt aus, die Vereine können die 3% nicht aufbringen, es fehlen jeden Trägern fast 3.000 bis 5.000 EUR. Die Stadt Oelsnitz zeigt wie es geht, diese haben eine rechtsverbindliche Vereinbarung als erste Kommune unterschrieben, die Vereine mit 20% in 2021 und maximal 20%, je nach Leistung eines Eigenanteils, in 2022 zu bezuschussen.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, dass Oelsnitz nicht mit der Stadt Plauen vergleichbar ist, dies ist eine ganz andere Größenordnung. Die Stadt Plauen bleibt bei den 15% und die Träger haben die Möglichkeit, wenn sie die Eigenanteile nicht stemmen können, dies über eine Härtefallregelung geltend zu machen.

Herr Stadtrat Mario Dieke, AfD-Fraktion, fragt zu den Abschlussklassen im Präsenzunterricht. Diese sollten regelmäßig getestet werden. Seinem Wissen nach, gab es bislang jedoch nur zweimal die Möglichkeit zu einem Test. Er möchte wissen, ob man die Tests auch verbindlich machen kann.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, das ist ein kniffliges, juristisch zu klärendes Thema. Die Stadt Plauen ist hier nicht verantwortlich, dies ist Aufgabe des Kultusministeriums. Es gibt festgeschriebenen Richtlinien für diese Tests, aber auch eine Schulpflicht, die diese Rechtslage schwierig macht. Er führt weiter aus, die Testbereitschaft bisher bei etwa 30% liegen, das Angebot an den Schulen war da, jeder hätte sich testen lassen können.

Herr Marko Turger, sachkundiger Einwohner, spricht die geplante Digitalisierung an. Bis zum Herbst 2020 konnten Fortschritte verzeichnet werden, jetzt aufgrund der aktuellen Coronapandemie ist seiner Meinung nach ein Stopp eingetreten. Warum wurde diese Zeit nicht genutzt, um zum Beispiel Verkabelungen im Haus durchzuführen? Er bittet um Information zum aktuellen Stand.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, sagt, dass die Stadt Plauen den Nachteil hat, dass für die Inhouseverkabelung eine europaweite Ausschreibung erfolgen muss und der hieraus resultierende Zeitverzug, nicht von der Stadt Plauen zu verantworten ist. Die Ausschreibung erfolgte, der Vergabeausschuss hat eine Auftragserteilung vorgenommen.

Weiter teilt er mit, dass er erfreut ist, dass für alle kommunal geführten Schulen der Stadt Plauen Kabel des Vogtländischen Kabelwerks GmbH zum Einsatz kommen.

Herr Stadtrat Frank Schaufel, AfD-Fraktion, nimmt Bezug auf die Schwierigkeit, einen Termin in den Impfzentren zu bekommen. Er möchte wissen, ob die Impfwilligen sich immer wieder melden müssen oder ob sie eine Rückinformation bekommen, wenn ein Termin frei ist. Weiter möchte er zur Aufhebung der Priorisierung wissen, ob es hier eine Auswahl der Reihenfolge nach Alter, Beruf oder andere möglichen Kriterien gibt.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister GBI, führt aus, dass die Impfportale überlastet sind. Er bittet die Bevölkerung es etwas langsamer angehen zu lassen. Aktuell gibt es im Vogtland keine Altersbegrenzung, jeder Impfwillige ab 18 Jahren, der seinen Wohnsitz im Vogtland hat, erhält die Möglichkeit, einen Termin zum Impfen zu bekommen, es gibt keine Reihenfolge der Anmeldung. Jeder der einen Termin bekommt, sollte ihn auch wahrnehmen.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Bürgermeister

Prof. Dr. Dirk Stenzel
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Annett Herrmann
Schriftführer

Lars Gruber
Stadtrat